

Was brachte die bolschewistische Machtübernahme im Oktober 1917 den deutschen Siedlern im Russischen Reich?

Viktor Krieger

Für das nationalkulturelle Selbstverständnis der russlanddeutschen Minderheit ist bis heute der Umstand maßgebend, dass ihre Vorfahren seit Katharina II. in das Russische Reich zur Kultivierung und Besiedlung der wenig erschlossenen Gegenden „berufen“ wurden, um den Zaren bzw. dem Staat zu „dienen“. Daraus ergaben sich gegenseitige Verpflichtungen: Zum einen wurden von den angeworbenen Siedlern Kaiser- und Gesetzestreue, Loyalität zum Staat und nicht zuletzt eine Nutzen bringende Produktivität erwartet, das heißt sich selbst zu ernähren und noch Steuern zu zahlen. Auf der anderen Seite bestanden die Einwanderer auf der Einhaltung der vereinbarten Rechte und „Vorteile“ wie Selbstverwaltung, Glaubensfreiheit, Befreiung vom Militär- und Zivildienst, sprachlich-kulturelle Selbstbestimmung. Nicht zuletzt zählte hierzu auch das Recht auf Auflösung des Dienstverhältnisses – darunter verstand man vor allem das Recht auf Rück- bzw. Auswanderung –, sobald der Herrscher oder die Regierung eigenen Zusagen nicht nachkam oder Gesetze missachtete. Dieses Verständnis von gegenseitigen Verpflichtungen wird in der Geschichte der Russlanddeutschen stets eine zentrale Rolle spielen.¹

Somit entstand eine Art von Rechts- und Vertragsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit, was sich unter anderem an einer geringen Beteiligung an staatsgefährdenden Aktivitäten im Zarenreich ablesen lässt. Gleichzeitig sind zahlreiche Aufbegehren gegen lokale Behörden und Beamtenwillkür überliefert, was auf ein ausgeprägtes Rechtsbewusstsein der Siedler hindeutet.

Von diesen Vorstellungen ausgehend reagierten die deutschen Siedler fassungslos auf diskriminierende Maßnahmen im Ersten Weltkrieg, auf die haltlosen Verratsbeschuldigungen, Deportationen aus den frontnahen Gebieten, die Liquidation ihres Grundbesitzes und insgesamt auf die germanophobe Politik der Kriegsjahre. Enthusiastisch wurde daher die Februarrevolution 1917, der Übergang Russlands zu einer demokratischen parlamentarischen Republik begrüßt, deren provisorische Regierung alle nationalen und konfessionellen Beschränkungen aufhob. Dies wurde sozusagen als die Rückkehr zu den vormals gültigen „Vertragsbedingungen“ aufgefasst.²

Die Mehrheit der Russlanddeutschen stand allerdings den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen den Bolschewiken, die im November (nach dem damals offiziell gültigen julianischen Kalender im Oktober) 1917 in Russland die Macht ergriffen, skeptisch bis ablehnend gegenüber: vor allem der Sozialisierung von Grund und Boden, also der Enteignung des Grundbesitzes und der geplanten Kollektivierung der Bauernwirtschaften. Höchst befremdlich wirkten ferner die antireligiöse Politik und

1 Krieger, Viktor: *Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen*. Bonn 2015, S. 8.

2 Vgl. aus der Sicht der Betroffenen: Kröker, Abraham: *Die schweren Zeiten in der Geschichte der russischen Deutschen*. In: *Christlicher Familien-Kalender für das Jahr 1918*. Red. Abraham Kröker. Molotschansk/Halbstadt in Taurien [1917], S. 102–112; [Wortlaut des Telegramms, das von den Vertretern der Wolgadeutschen nach Petrograd, an die Adresse der Provisorischen Regierung geschickt wurde, 9. März 1917]. In: *Zwischen Revolution und Autonomie. Dokumente zur Geschichte der Wolgadeutschen aus den Jahren 1917 und 1918*, hrsg. v. Victor Herdt. Köln 2000, S. 24.

Verfolgung von aktiven Gläubigen und Priestern, das Verbot wirtschaftlicher, karitativer und anderer Selbstorganisationen und freier Presse, die Verstaatlichung des Handels, der Betriebe, Fabriken, Banken etc., war dies doch der radikalste Bruch mit dem bisherigen, bis 1914 gültigen gesellschaftlichen Vertrag, eine einseitige Aufkündigung der für die Siedler verpflichtenden Grundsätze.³

Dagegen leisteten die meisten Siedler Widerstand, umso mehr, als die rücksichtslosen Lebensmitteleintreibungen Anfang der zwanziger Jahre in vielen Teilen Sowjetrusslands zu einer beispiellosen Hungerkatastrophe führten. Allein unter den Wolgadeutschen waren nicht weniger als 100 000 Hunger- und Seuchenopfer zu beklagen.⁴



Verhungerte Kinder im Wolgadeutschen Gebiet. Aufgenommen während des Besuchs von Fridtjof Nansen in Marxstadt, dem damaligen Verwaltungszentrum, im November 1921.

Im Schwarzmeergebiet wurden deutsche Siedler Opfer zahlreicher Pogrome und gerieten oft zwischen die Fronten des Bürgerkriegs.⁵

3 Neutatz, Dietmar: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert.* München 2013, S. 152 ff.

4 Brandes, Detlef: *Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation.* In: *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, hrsg. v. Gerd Stricker. Berlin 1997, S. 131–212, hier v.a. S. 137–145.

5 Hildebrandt, Gerhard: *Der Selbstschutz bei Mennoniten in Russland.* In: *200 Jahre Mennoniten in Rußland. Aufsätze zu ihrer Geschichte und Kultur*, Red. Gerhard und Julia Hildebrandt. Bolanden-Weierhof 2000, S. 191–204, hier S. 195 ff.



Massengrab der Opfer der Pogrome im Bürgerkrieg, Kolonie Blumenort, Ukraine, 1919

In beinahe aussichtsloser Verzweiflung griffen die Siedler zum ersten Mal in ihrer Geschichte zu den Waffen, um ihr Recht auf Leben, auf Unversehrtheit der Person und auf den gesetzmäßigen und unter vielen Opfern erworbenen Privatbesitz zu verteidigen. Ähnlich wie bei anderen russländischen Völkern äußerte sich ihr antibolschewistischer Widerstand in zahlreichen Bauernaufständen und -unruhen.⁶ Nicht wenige hatten vor auszuwandern, aber es gab damals, kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, kaum Staaten, die eine große Anzahl von bäuerlichen Emigranten aufgenommen hätten.

Die Folgen dieser Periode der bolschewistischen Machtausübung, die den Namen Kriegskommunismus bekam, waren für die deutschen Siedler als einer der vorher am wohlhabendsten Bauerngruppe in Russland, einfach katastrophal: Die Zahl der Hunger- und der Bürgerkriegsopfer unter der deutschen Minderheit für diese Jahre wird mindestens auf 180 000 geschätzt, ganz abgesehen von dem totalen wirtschaftlichen Ruin.

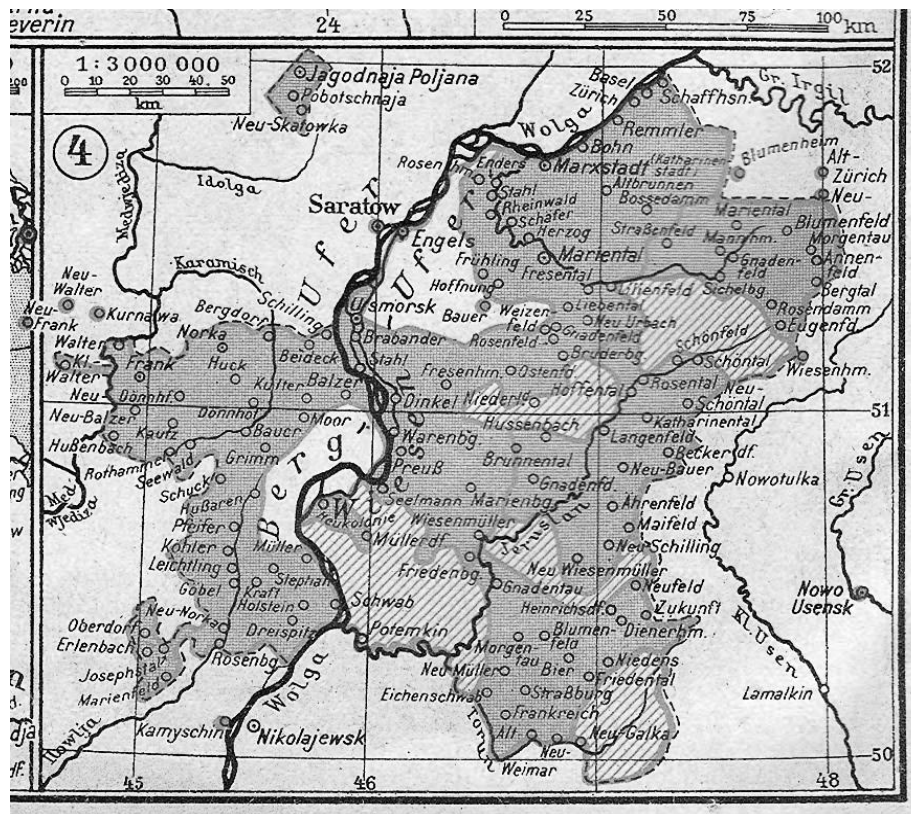
Die Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik der neuen Machthaber wuchs auch unter den russischen und ukrainischen Bauern. Das gesamte im Machtbereich der Bolschewiki liegende Territorium verwandelte sich durch zahlreiche bewaffnete Bauernaufstände und Arbeiterunruhen in den Städten in ein Pulverfass. Um diese gefährliche Lage zu entschärfen, beschloss die sowjetische Partei- und Staatsführung am 24. März 1921, von der Politik des Kriegskommunismus abzurücken und eine Naturalsteuer einzuführen, was den Bauern erlaubte, ihre Überschüsse auf dem freien Markt abzusetzen. So schlug die Stunde der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP), die die wirtschaftliche Erholung und politische Befriedung des Landes einleitete.⁷

Gleichzeitig darf nicht unerwähnt bleiben, dass die bolschewistische Führung bestrebt war, neue Loyalitäten aufzubauen: durch Förderung der mittellosen Bauern und Industriearbeiter, durch eine nationale Territorialautonomie, ein Netz nationaler Rayons und

6 Beznosov, Aleksandr: Für sich selbst: Selbstschutz und bewaffnete Formationen der deutschen Kolonisten in der Ukraine (1918–1921). In: Loyalität, Legitimität, Legalität. Zerfalls-, Separations- und Souveränisierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914–1921, hrsg. v. Alfred Eisfeld u. Konrad Maier. Wiesbaden 2014, S. 39–49; Enz, Robert: Die deutschen Siedler im Wolga- und Schwarzmeergebiet in der Russischen Revolution und im Bürgerkrieg (1917–1921). Magisterarbeit, Heidelberg 2002.

7 Neue Ökonomische Politik. In: Historisches Lexikon der Sowjetunion. 1917/22 bis 1991, hrsg. von Hans-Joachim Torke. München 1993, S. 216–218.

andere Maßnahmen. Vor allem der kompakt lebenden deutschsprachigen Minderheit an der Wolga kam die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki entgegen mit der Gründung des Autonomen Gebiets (Arbeitskommune) im Jahr 1918, das Anfang 1924 in die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen aufgewertet wurde.⁸



Karte der ASSR der Wolgadeutschen, 1930er Jahre

Die NÖP-Periode, die bis Ende der 1920er Jahre dauerte, könnte im Nachhinein als die Zeit der größten Übereinstimmung der Interessen der deutschen Sowjetbürger mit der staatlichen Politik bezeichnet werden – in der ganzen Periode der Existenz der UdSSR. Selbständige Kooperativen wie der „Landwirtschaftliche Verband der Bürger Holländischer Herkunft in der Ukraine“ (LVBHH, 1922–1926) und der „Allrussische Mennonitische Landwirtschaftliche Verein“ in der Russländischen Unionsrepublik leiteten die wirtschaftliche Erholung der einst hochgeschätzten mennonitischen Musterwirtschaften ein; sie wurden eine Zeitlang auch von den kommunistischen Machthabern geduldet und sogar gefördert, um die wirtschaftliche Genesung der darbenenden Landwirtschaft voranzutreiben.⁹ Im Transkaukasus machten sich die deutschen Winzergenossenschaften „Konkordia“ (Aserbeidschan) und „Union“ (Georgien) einen Namen: Mit einem Vertriebsnetz über das ganze Land mit Absatzkontoren bis nach Nowosibirsk erzielten sie

⁸ Krieger, Viktor: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler (2015), S. 97–116; Eisfeld, Alfred: Sowjetische Nationalitätenpolitik und die Deutschen in der Sowjetunion in den 1920er Jahren-, In: Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1914–1941, hrsg. v. Alfred Eisfeld, Victor Herdt, Boris Meissner. Berlin/Münster 2007, S. 174–201.

⁹ Für die Ukraine: Ostaševa, Natal'ja: Die südukrainischen Mennoniten auf der Suche nach einem „dritten“, genossenschaftlichen Weg 1921–1926. In: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen 5 (1995), S. 38–52. Für die Russländische Sowjetrepublik am Beispiel der Mennoniten in Sibirien: Brandes, Detlef/Savin, Andrej: Die Sibiriendeutschen im Sowjetstaat 1919–1938. Essen 2001, v.a. S. 99–123.

solche Gewinne, dass es sogar manch einer Winzerfamilie möglich war, dem Sohn bzw. der Tochter ein Hochschulstudium in Deutschland zu finanzieren.¹⁰

Angesichts relativ günstiger Rahmenbedingungen für die Titulernationalität in der Wolgadeutschen Republik im Bildungs- und Berufsbereich, der Erhebung des Deutschen zur Amtssprache, einer starken Förderung der nationalen Kader und dank anderer kulturpolitischer Maßnahmen stieß die sozialistische Gesellschaftsordnung insbesondere bei Vertretern der jüngeren Generation – sobald sie entsprechende Gesinnung und soziale Herkunft aufwiesen – auf wachsende Unterstützung.

An Selbstbewusstsein mangelte es der damaligen Republikführung nicht: In einem Rechenschaftsbericht vor dem Allrussischen Zentralexekutivkomitee anlässlich des nahe rückenden zehnjährigen Gründungsjubiläums behauptete im April 1928 der damalige „Premier-Minister“ (Vorsitzender des Rates der Volkskommissare) der Republik, Wilhelm Kurz, vor den anwesenden Abgeordneten:

„Die Oktoberrevolution hat die Wolgadeutschen aus der nationalen Unterdrückung befreit und gab die Möglichkeit, ihre eigene Republik zu gründen. Ein zehnjähriges Bestehen der Wolgarepublik bestätigt die Richtigkeit der nationalen Politik der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht. Auf der Grundlage der Allianz der Armbauern mit den Mittelbauern, mit der Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft entwickelt sich die Deutsche Republik von Jahr zu Jahr. Die Wolgarepublik kann nicht nur für die rückständigen Regionen der UdSSR, sondern auch für die Werktätigen auf der ganzen Welt als Beispiel dienen.“¹¹

Das war umso bemerkenswerter, als noch weniger als vier Jahre zuvor, derselbe Regierungschef den katastrophalen Zustand der Wirtschaft, vor allem auf dem Lande beklagte: Fast die Hälfte aller Bauernwirtschaften besaß kein Pferd, das Erntevolumen des Jahres 1924 betrug nur zwei Prozent der Ernte von 1910 usw.¹²

Allerdings wandte sich Ende der 1920er Jahre die von Stalin geführte Parteispitze vom bewährten Kurs der Neuen Ökonomischen Politik ab. Mit äußerster Gewalt wurde die gesellschaftliche Transformation vorangetrieben: Das bedeutete Zwangsenteignung der Bauern (Kollektivierung) und Überführung der Wirtschaften in Kolchosen, Kirchenverfolgung, Repressalien gegen sogenannte Schädlinge, Saboteure und Volksfeinde verschiedener Art. Viele sahen in diesem neuen Kurs den Bruch des vereinbarten „Gesellschaftsvertrags“, aber nur wenige wagten den offenen Protest: So versuchten im Herbst 1929 rund 13 000 verzweifelte Bauern, vornehmlich Mennoniten, die Auswanderung aus der UdSSR zu erzwingen. Angesichts des verhängten Emigrationsverbotes fand der mutige Versuch der deutschen Bauern – von ausländischen Beobachtern wurden sie weiterhin „Kolonisten“ genannt, daher die Bezeichnung „Kolonisten-Affäre“ – eine breite internationale Resonanz und brachte der Sowjetführung einen enormen außen- und innenpolitischen Prestigeverlust.¹³

10 Hummel, Theodor: 100 Jahre Erbhofrecht der deutschen Kolonisten in Russland. Berlin 1936, S. 136–145. Auch, Eva-Maria: Die Entwicklung Helenendorf/Chanlars in den 1920/30er Jahren. In: Deutsche Winzer im multikulturellen Umfeld Aserbaidschans. Erinnerungsbericht des Julius Vohrer (1887–1979), hrsg. von Eva-Maria Auch. Berlin 2011, S. 160–180.

11 Vtoraja sessija VCIK 13. sozyva. ASSR nemcev Povolž'ja za desjat' let. Doklad predsovnarkoma Nemrespubliki tov. Kurca. In: Izvestija (Moskau), Nr. 79 vom 3. April 1928.

12 V neurožajnych gubernijach. Anketa „Izvestij ZIK“. Predsedatel' SNK Nemrespubliki tov. V.A. Kurc, in: Izvestija, Nr. 235 vom 14. Oktober 1924. Deutschsprachige Zusammenfassung in: Deutsches Leben in Russland (Berlin), Nr. 3–4 (1925), S. 38.

13 Auhagen, Otto: Die Schicksalswende des russlanddeutschen Bauerntums in den Jahren 1927–1930. Leipzig 1942; Mick, Christoph: Sowjetische Propaganda. Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928–1932. Stuttgart 1995, S. 350–379 (Kolonisten-Affäre).

Die überstürzte Zwangskollektivierung und Deportation von Hunderttausenden sogenannter Kulaken (Großbauern) sowie die Zerstörung der leistungsfähigen Wirtschaften führte zu der furchtbaren Hungersnot der Jahre 1932 bis 1933, infolge derer Millionen Menschen starben, darunter auch Zehntausende deutsche Sowjetbürger.

Die zunehmende Verfolgung nationaler Minderheiten seit Mitte der 1930er Jahre, insbesondere der Deutschen, und schließlich ihre totale Entrechtung seit der Auflösung der Wolgarepublik im August 1941 (Deportationen, Einweisung ins Zwangsarbeitslager und bis 1955 der Sondersiedlerstatus als Personen minderen Rechts) hat große Teile von ihnen von der Politik, Ideologie und Gesellschaft des Sowjetstaats entfremdet.¹⁴ Man bedenke nur: Der „Große Terror“ der Jahre 1937 bis 1938 traf die deutsche Minderheit unverhältnismäßig hart: Obwohl sie nur 0,8 Prozent der Bevölkerung der UdSSR stellte, waren es 8,1 Prozent bzw. 55 000 Deutsche von insgesamt 682 000 Sowjetbürgern, die in diesen beiden Jahren erschossen wurden. Das betraf vor allem die Vertreter der Minderheit außerhalb der ASSRdWD.¹⁵ Nicht von ungefähr sahen die meisten deutschen Siedler in der Ukraine die reichsdeutschen Besatzer als „Befreier“ – so reagierten sie auf den staatlichen Terror der zwanziger bis dreißiger Jahre und schließlich auf den gravierenden Rechtsbruch, auf die endgültige Aufkündigung des bereits seit Ende der 1920er Jahre stark ramponierten „Vertrages auf Gegenseitigkeit“ seitens der kommunistischen Partei- und Staatsführung.¹⁶ In den Zwangsarbeitslagern und in den Deportationsgebieten sind nicht weniger als 150 000 Russlanddeutsche ums Leben gekommen.

Die Folgen dieser germanophoben Politik waren verheerend: Nach einer eher konservativen Schätzung sind in dem Zeitraum von dreißig Jahren zwischen 1918 und 1948 nicht weniger als 480 000 deutsche Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer vorzeitig ums Leben gekommen: erschossen, erfroren, verhungert, an Entkräftung und Krankheiten aller Art gestorben. Eine erhebliche Zahl für eine Ethnie, die Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts lediglich ca. 1,35 Millionen Menschen zählte.¹⁷ Ihr gesamtes Hab und Gut wurde restlos konfisziert, Objekte der geistigen und materiellen Kultur zerstört, als Personen minderen Rechts durften sie nur schwere körperliche Arbeit leisten.

Nach Stalins Tod im März 1953 und der einsetzenden, vorsichtigen Liberalisierung („Taufwetter“) wurden auch die Rechtsbeschneidungen der Deutschen und anderer deportierter Völker Schritt für Schritt zurückgenommen. Schließlich hob der Erlass vom 13. Dezember 1955 das Regime der Sonderkommandantur für die Deutschen auf. Allerdings verbot er ausdrücklich die Rückkehr an jene Orte, aus denen sie ausgesiedelt worden waren und schloss die Rückgabe des seinerzeit konfiszierten Vermögens aus.¹⁸ Das stand im markanten Widerspruch zu der geltenden Verfassung und Gesetzgebung, die eine Diskriminierung der Sowjetbürger aufgrund ihrer nationalen, rassischen oder religiösen Zugehörigkeit ausdrücklich verbieten.

14 Dönninghaus, Victor: Minderheiten in Bedrängnis. Sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938. München 2009.

15 Ochotin, Nikita/Roginski, Arseni: Zur Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKWD 1937–1938. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2000/2001. Berlin 2001, S. 89–125.

16 Vgl. z. B. Walth, Richard H.: Strandgut der Weltgeschichte. Die Rußlanddeutschen zwischen Stalin und Hitler. Essen 1994, v.a. S. 51–63.

17 Chronologie der antideutschen Maßnahmen im Russischen Reich bzw. in der UdSSR neben der Opferbilanz. In: Krieger, Viktor: Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft: Historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis. Berlin/Münster 2013, S. 238–243.

18 Reabilitacija: kak eto bylo. Dokumenty Prezidiuma CK KPSS i drugie materialy. V 3-ch tomach. Tom I: Mart 1953 – fevral' 1956. Moskau 2000. Einige Dokumente und Erlasse übersetzt in: Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, hrsg. v. Alfred Eisfeld u. Victor Herdt. Köln 1996, S. 446–460.

Das Alltagsleben der Russlanddeutschen hat sich seither weitgehend normalisiert, solange sie sich den dominierenden sowjetrussischen Mustern auf ideologischer, sprachlicher und kultureller Ebene anzupassen wussten. Ungeachtet zahlreicher individueller und kollektiver Proteste ist ihnen eine substanzielle finanzielle, politische, rechtliche und nicht zuletzt moralische Wiedergutmachung versagt geblieben, obwohl der „Rehabilitierungs-Erlass“ aus dem Jahr 1964 sie formal vom Vorwurf der Kollaboration mit NS-Deutschland freisprach. Mehrere Delegationen von deutschen Aktivisten reisten seit 1965 nach Moskau und forderten vergeblich eine Anerkennung als gleichberechtigte Volksgruppe und die Wiederherstellung der rechtswidrig aufgelösten Autonomen Republik.¹⁹

Den „Sowjetbürgern deutscher Nationalität“ fehlte es an fast allem, worüber andere sowjetische Titulernationalitäten wie Kasachen, Esten, Kalmücken oder Tschuwaschen wie selbstverständlich verfügten: Vertretung im zentralen und regionalen Partei- und Staatsapparat, Förderung der Nationalintelligenz, Präsenz in den zentralen Massenmedien, Berücksichtigung in wissenschaftlichen Untersuchungen und Publikationen. Es gab keine nationalen Zeitschriften und Fernsehsendungen, Opernhäuser, Museen, Bibliotheken, Archive, Verlage, Bildungsstätten wie Universitäten und andere Hoch- und Fachschulen, Institutionen zur Erforschung ihrer Geschichte, Volkskunde und Kultur, Kunstgalerien oder ähnliche staatlich finanzierte Einrichtungen. Und eine Gründung privater Institutionen jeglicher Art wurde im Sowjetstaat strikt untersagt.

Die bestehenden Diskriminierungen führten dazu, dass das akademische Bildungsniveau der Deutschen wesentlich niedriger war als das der anderen Sowjetvölker; die Kenntnisse der deutschen Muttersprache verfielen zusehends. Ihre Beschäftigungsstruktur ist bis heute überdurchschnittlich von Arbeiter- und weniger von intellektuellen Berufen geprägt. Tabelle 1 verweist auf die Entwicklung ähnlich strukturierter Völker bäuerlicher bzw. nomadischer Herkunft, sowohl 1939 für als auch für 1989, die auch im heutigen Russland demografisch gesehen wesentlich kleiner sind als die Deutschen, mit einem entscheidenden Unterschied: Sie besitzen eine national-territoriale Autonomie. Bei den Deutschen war im Jahr 1939, als noch keine umfassende Diskriminierung dieser Minderheit herrschte, das Niveau der Beherrschung der Muttersprache (88,4 Prozent) vergleichbar mit diesen Völkerschaften.

19 Krieger, Viktor: Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft (2013), S. 127–133; Vormsbecher, G.: Protuberancy mužestva i nadežd (1-ja i 2-ja delegacii sovetkich nemcev v 1965 g.). In: Nemeckoe naselenie v poslestalinskom SSSR, v stranach SNG i Baltii (1956-2000). Materialy konferencii. Moskau 2003, S. 75–131.

Tabelle 1: Sprach- und Bildungsvergleich einiger russländischer Völker²⁰

	Grad der Beherrschung der Muttersprache (des Nationalidioms)			Zahl der Akademiker auf 1 000 Personen älter als 15 Jahre		
	1939	1989	2010	1939	1989	2010
Balkaren	98,9	95,3	97,7	1,3	111,0	279,6
Karatschajer	99,4	97,8	97,3	1,2	110,0	284,9
Kalmücken	97,9	93,1	89,9	1,9	116,0	279,8
Chakassen	87,1	76,7	65,4	0,6	99,0	178,2
Deutsche	88,4	41,8	10,8	5,2	59,0*	163,2
Landesdurchschnitt				6,4	113,0	243

* Kennziffer errechnet nach den Erhebungen einiger russischer Gebiete, da die Zahlen für den Bildungsstand die Deutschen für die gesamte Russländische Unionsrepublik in den Ergebnissen der Volkszählung 1989 fehlen.

Der Akademisierungsgrad der Deutschen, obwohl auch 1939 unter dem Landesdurchschnitt, lag damals wesentlich höher als bei den meisten Nationalitäten der einstigen UdSSR. 50 Jahre später (1989) waren die Folgen der Deportationen und der fehlenden territorialen Autonomie unübersehbar: ein rapider Verlust der deutschen Muttersprache und der geringste Anteil an akademisch gebildeten Personen. In fast allen gesellschaftspolitischen, sprachlich-kulturellen und sonstigen Bildungsbereichen sind die Deutschen bis heute das Schlusslicht unter den russländischen Völkern.

Es war generell verboten, Russlanddeutsche in Lexika oder Lehrbüchern zu erwähnen und zu ihrer Geschichte und Kultur zu forschen. Wer es wagte, diese Verbote zu kritisieren oder sogar im Samisdat (russ. „Selbstverlag“, also das Verfassen und die Verbreitung unzensurierter Schriften) zu publizieren, holte sich sofort den Vorwurf antisowjetischer Tätigkeit ein, wurde vom KGB bedrängt und musste schließlich mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Als sichtbare Vertreter der Nation, die den verlustreichen Krieg angezettelt hatte, und angesichts der verhängten Informationsblockade mussten sie stellvertretend für die Untaten des Dritten Reiches herhalten und sahen sich weiterhin

20 Errechnet nach: Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi. Moskau 1992; Nacional'nyj sostav naselenija RSFSR po dannym Vsesojuznoj perepisi naselenija 1989 g. Moskau 1990; Nekotorye pokazateli, karakterizujuščie nacional'nyj sostav naselenija Rossijskoj Federacii po dannym perepisi naselenija 1989 g. Moskau 1992; Itogi vserossijskoj perepisi naselenija 2010 goda. Tom 4. Nacional'nyj sostav i vladenie jazykami, graždanstvo. http://www.gks.ru/free_doc/new_site/perepis2010/croc/perepis_itogi1612.htm, abgerufen am 20.12.2017.

Angaben für das Jahr 1939 umfassen die gesamte UdSSR; für 1989 – Russländische Unionsrepublik und 2010 für die Russländische Föderation.

den antideutschen Ressentiments ihrer Nachbarn und Kollegen ausgesetzt. Die zunehmende Ausreisebereitschaft und das Anwachsen der religiösen Erweckungsbewegung waren daher ein Ausdruck weit verbreiteter Unzufriedenheit.²¹

Die seit Mitte der 1980er Jahre eingeleitete Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft (Politik der „Glasnost“ und „Perestroika“) hat Hoffnungen auf eine gerechte Lösung der „russlanddeutschen Frage“ geweckt. Auf dem Weg zur Überwindung der totalitären Vergangenheit galten die Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. November 1989 „Über die Bewertung der Repressionsakte gegen Völker, die gewaltsam umgesiedelt wurden, als ungesetzlich und verbrecherisch und über die Wahrung der Rechte dieser Völker“ und das Gesetz der Russländischen Föderation vom 26. April 1991 „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“ als wichtigste Meilensteine. Darin wurden alle Maßnahmen des stalinistischen Regimes gegenüber den deportierten Völkern, die „dem Genozid und verleumderischen Angriffen ausgesetzt worden waren“, für „ungesetzlich und verbrecherisch“ erklärt. Den Betroffenen stand damit unter anderem das Recht „auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität“ zu.²²

Leider konnte sich auch die russische Staatsführung, ähnlich wie zuvor die Unionsregierung, nicht zu einer rechtsstaatlichen Lösung des inneren deutschen Problems durchringen. Die meisten Vertreter dieser marginalisierten Volksgruppe waren schließlich nicht mehr bereit, ihren Status als Personen minderen Rechts auch nach dem Zerfall der UdSSR widerspruchslos hinzunehmen und siedelten in die Bundesrepublik über. Somit machten die Russlanddeutschen von dem seit Jahrhunderten verinnerlichten Recht auf Auswanderung Gebrauch: Wenn der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und seine eigene Gesetze missachtet, wird ihrerseits die Loyalität aufgekündigt und das Dienstverhältnis abgelöst. Heute wohnt die Mehrheit der einstigen „Sowjetbürger deutscher Nationalität“ und ihrer Nachkommen in der Bundesrepublik.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die bolschewistische Machtergreifung am 25. Oktober (7. November) 1917 und die Etablierung der Sowjetmacht, des kommunistischen Einparteiensystems mitsamt der sozialistischen Gesellschaftsordnung für die Mehrheit der Russland- bzw. Sowjetdeutschen (wie sie vorwiegend bis Ende der Sowjetunion hießen) überwiegend negative Folgen gehabt hatten. Gleichzeitig schließt das nicht aus, dass es unter ihnen einige Einzelpersonen und sogar ganze Bevölkerungsschichten gab, die permanent oder zeitweilig von den „Sowjetisierungsmaßnahmen“ profitierten, sei es durch die Erhöhung ihres individuellen sozialen Status oder des Bildungsniveaus, sei es als Gruppe im politisch-gesellschaftlichen bzw. im national-staatlichen Sinne als Titularnationalität in einer territorialen Autonomie.

Als Fazit steht dennoch fest: Unter allen Völkern und Minderheiten der einstigen UdSSR waren es die Russlanddeutschen, die mit Abstand am meisten unter der Sowjet Herrschaft gelitten haben.

Anhang: Aussage eines Zeitzeugen

Untenstehend einige Auszüge aus dem Tagebuch von Heinrich Dück, der 1892 in Blumenort (heute: Ukraine) geboren, 1941 zur Zwangsarbeit im Ural ausgehoben und dort bis Ende 1943 im Einsatz gewesen war. Aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitslager entlassen, lebte er bis zu seinem Tod 1960 in der Stadt Pawlodar, Kasachstan.

21 Germanophobie im Russischen Reich und in der Sowjetunion. In: Krieger, Viktor: Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft (2013), S. 141–168, hier S. 158–168.

22 Krieger, Viktor: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler (2015), S. 167–177. Diese Rechtsakte in deutscher Übersetzung veröffentlicht in: Osteuropa-Archiv 9/1990, S. A 510 f.; Informationsdienst „Deutsche in der Sowjetunion“ (IDDSU, Göttingen) 4/1991, S. 34–36.

Kurz vor dem Tod seiner Schwester Anna Neufeld, geb. Dück, zeichnete er die Stationen ihres Lebens auf, die für die meisten Deutschen typischer nicht sein könnten. Peter Neufeld war ihr Ehemann. Machnowschtschina oder Machno-Bewegung: die Bezeichnung der anarchistischen, bewaffneten Bauernbewegung in der Ukraine während des Bürgerkriegs, genannt nach ihrem Anführer Nestor Machno.

Über den Verfasser und sein Tagebuch siehe die Publikation: „Dick, Margarita Dick, Krieger, Viktor: „Rundum Stacheldrahtzaun u. weiter mit Schnee bedeckte Tannen ...“ Lagertagebuch von Heinrich Dück (1941–42). In: Heimatbuch der Deutschen aus Russland 2017. Stuttgart [2016], S. 31–47.“

Eintrag ins Tagebuch vom 17. September 1958 (die Schreibweise des Originals ist beibehalten worden):

17-IX-58. Anna's Zustand wird immer bedenklicher. Auf Lika's Bitte hin war ich heute bei Dtr. Herrklotz, den Nervenarzt, der einmal bei Anna gewesen ist. Er wiederholte noch einmal seine vor zwei Wochen festgestellte Diagnose, Blutadernverkalkung der Gehirnblutgefäße und Nervenerkrankung. Nach seiner Meinung ist Anna's Zustand sehr bedenklich, eigentlich aussichtslos. Trotz dem Anna noch lebt, wissen wir nicht, ob wir noch mal mit ihr werden normal sprechen können.

Es sind dies die Folgen ihres furchtbar schweren Lebens. Welches sind die schwersten Erlebnisse:

Anno 1913–14 in 7 Monat beide Eltern verloren. Darauf folgte der erste Weltkrieg und die Mobilisation aller 4 Brüder.

1919–20 Machnowschtschina, Brand und Mord in unserm Heimatdorf. Hungersnot.

1931 Peters Arrest und Aussiedlung eines Nachts mit Anna und kleine Kinder in den Norden.

1932 Das Scheiden auf einige Jahre von ihren zwei kleinen Kinder[n], welche der schweren Lage halber zurück in den Süden zu Peters Mutter geschickt wurden.

1933 Wurden sie noch weiter in den hohen Norden geschickt, wohin Anna dann anno 1934 ihre Kinder holte. Unterwegs eine unheimliche Verfolgung und Verhör.

1938 Peters und etwas später Anna's Haft, Gefängnis und Lager in schwersten Verhältnissen. Die beiden kleinen Kinder allein stehen geblieben im nördlichen Ural.

1939 Peters Tod im Gefängnis in Swerdlowsk.

Nach 13 monatlicher Haft Anna's Befreiung und einsames Leben im Ural, denn die Kinder waren inzwischen von Schwager Friesen nach Kasachstan geholt worden.

Dann folgte Anna's Wiedervereinigung mit den Kinder[n].

1941 Zweiter Weltkrieg und die Mobilisation ihrer zwei Kinder von 16 und 17 Jahren.

Das Leben im nördlichen Ural bis 1956. Übersiedlung nach Pawlodar und Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse.

1958 Alle Kinder im Dienst. Der ganze Haushalt und Pflege der kleinen Kinder lag auf ihr im Alter von 70 Jahre.

Dies alles hat ihr zartes Nervensystem schließlich nicht mehr ertragen können und nun die schweren Folgen.